

STANDPUNKT

Anerkennung und Appell

Olaf Standke über den Friedensnobelpreis 2013

Tatsächlich lässt sich monieren, dass der Friedensnobelpreis zuletzt allzu häufig an Institutionen und Politiker gegangen ist, die per se beauftragt sind, unsere Welt sicherer zu machen. Und nicht an Aktivisten und Bewegungen, die sich unter schwierigen, ja lebensgefährlichen Bedingungen gegen Krieg und Menschenrechtsverletzungen dort engagieren, wo nicht selten Diplomaten versagen. Aber kann man wirklich etwas dagegen haben, wenn die Auszeichnung in diesem Jahr an eine internationale Organisation geht, die sich die Abschaffung schrecklichster Massenvernichtungswaffen auf die Fahnen geschrieben hat?

Richtig ist sicher auch der Hinweis, dass die Ehrung wie schon im Fall von USA-Präsident Barack Obama nicht zum Vorschuss auf erhoffte gute Taten verkommen dürfe. Nur, wer die gestrige Verleihung des Nobelpreises an die Organisation für das Verbot Chemischer Waffen allein an die Giftgas-Vernichtung in Syrien bindet, greift zu kurz. Nicht zuletzt den unabhängigen OPCW-Inspektionen ist es zu verdanken, dass inzwischen weltweit über 80 Prozent der chemischen Waffen abgerüstet worden sind.

Doch fraglos sollte man diese Preisvergabe auch als dringenden Appell verstehen – an die USA und Russland etwa, die bei der Vernichtung ihrer Arsenale hinter dem Zeitplan liegen, vor allem aber an Staaten wie Ägypten, Angola, Nordkorea Südsudan und Somalia oder Israel und Myanmar, die die Verbotskonvention noch immer nicht unterzeichnet beziehungsweise ratifiziert haben.

UNTEN LINKS

Ostdeutsche Schüler können besser rechnen als westdeutsche. Das hat der Bundesländer-Schulvergleich ergeben. Überraschend ist das ganz und gar nicht. Schließlich hatte die Evolution unter den Bedingungen sozialistischer Mangelwirtschaft 40 Jahre Zeit, gemäß Charles Darwins Slogan »Survival of the fittest« geeignete Anpassungsstrategien zu entwickeln. Eine davon ist das sogenannte Rechen-Gen, das nicht nur entstand, weil zu DDR-Zeiten unablässig Rechenschaftsberichte verfasst werden mussten, sondern auch, weil man ständig mit allem Möglichen rechnen musste. Dazu gehörte zwar nicht unbedingt der Fall der Mauer, aber zum Beispiel das plötzlich auftauchende Angebot eines gebrauchten Pkw »Trabant«, das umgehend in Festmeter an Fliesen, Karl-May-Bänden oder anderen Tauschobjekten umzu-rechnen war. Die Büttel der Treuhand kannten dann leider nur noch eine einzige Grundrechenart: das Abziehen. *ibo*

Das lag in der Luft

Friedensnobelpreis 2013 geht an Organisation zum Verbot von Chemiewaffen



Britische Soldaten in Schutanzügen gegen Chemiewaffen in der kuwaitischen Wüste

Foto: AFP/Richards

Berlin. Der Friedensnobelpreis geht 2013 an die internationale Organisation zum Verbot von C-Waffen – nicht zuletzt mit Blick auf ihre brisante Mission im bürgerkriegsgeplagten Syrien. Die OPCW mit Sitz in Den Haag, die vertraglich an die UNO gebunden ist, bekomme die Auszeichnung »für ihren umfassenden Einsatz bei der Vernichtung von Chemiewaffen«, erklärte Nobelkomitee-Chef Thorbjörn Jagland am Freitag in Oslo. Mit der Entscheidung wolle man zur Zerstörung der Massenvernichtungsmittel beitragen. Diese Würdi-

gung verband Jagland aber auch mit Kritik: Manche Staaten seien immer noch keine OPCW-Mitglieder, andere hätten die für April 2012 festgesetzte Deadline für die Zerstörung ihrer Chemiewaffen nicht eingehalten. Das gelte insbesondere für die USA und Russland. OPCW-Generaldirektor Ahmet Üzümcü wertete die Auszeichnung als Bestätigung für den Beitrag, den seine Organisation in den 16 Jahren seit ihrer Gründung zum Frieden geleistet habe. Auch international wurde die Auszeichnung überwiegend begrüßt. Die EU

sei entschlossen, bei der Zerstörung der Arsenale mitzuwirken, so EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Moskau allerdings monierte, dass der Friedensnobelpreis kein »Vorschuss« sein dürfe, schließlich habe die OPCW ihre Arbeit in Syrien erst begonnen. Kritik gab es auch aus der deutschen Friedensbewegung, die u.a. bemängelte, dass die »früher prägende Auszeichnung herausragenden Engagements aus der Zivilgesellschaft auf der Strecke« geblieben sei. *nd/Sta*

Seite 7

Der Osten kann besser rechnen

Schüler in den neuen Ländern in Mathematik deutlich stärker

Berlin. Ostdeutsche Schüler schneiden bei einem neuen bundesweiten Ländervergleich in Mathematik und Naturwissenschaften deutlich besser ab. Die Ergebnisse des am Freitag von der Kultusministerkonferenz (KMK) in Berlin veröffentlichten Tests stoßen zugleich auf ein geteiltes Echo. Während das gute Abschneiden von Schülern aus den neuen Bundesländern gelobt wurde, kritisierten Gewerkschaftsvertreter die Studie als »Armutzeugnis für die vermeintliche Bildungsrepublik«.

Nach KMK-Angaben war 2012 erstmals der Leistungsstand von Neunklässlern in den Fächern Mathematik, Biologie, Chemie und Physik bundesweit verglichen worden. Schüler aus Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Bayern liegen demnach »signifikant oberhalb des Mittelwerts für Deutschland« im Fach Mathematik. Bei allen drei naturwissenschaftlichen Fächern erzielten Jugendliche aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Spitzenwerte.

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) betonte, das gute Ergebnis der neuen Länder in Mathematik und in den Naturwissenschaften zeige »die Wertschätzung, die diese Fächer in Ostdeutschland genießen«. Jetzt gehe es darum, dass alle Länder aus den Ergebnissen »die richtigen Konsequenzen für den Unterricht« ziehen.

Der Bildungserfolg ist allerdings stark an die soziale Herkunft und den Zuwanderungshintergrund gekoppelt. Unterschiede zwischen den Bundesländern gebe es dabei nicht, teilte die KMK mit. »Diese Befunde sind ein Armutzeugnis für die vermeintliche Bildungsrepublik Deutschland«, kritisierte die Vizevorsitzende des Gewerkschaftsbundes DGB Elke Hannack. Die soziale Spaltung bleibe eine Dauerbaustelle im deutschen Bildungssystem. Der Verband Bildung und Erziehung sieht nach dem Ländervergleich vor allem Handlungsbedarf im Lehrerbereich. Der Bundesvorsitzende Udo Beckmann sprach sich für Änderungen bei der Lehrerausbildung und eine bessere personelle Ausstattung der Schulen aus. *epd/nd*

Seiten 2 und 5

KURZ

Bootsflüchtlinge in Seenot

Rom. Vor der italienischen Insel Lampedusa ist am Freitag laut Medienberichten ein Flüchtlingsboot gekentert. 200 Menschen wurden zunächst vermisst. Rund 500 Flüchtlinge wurden in der Straße von Sizilien aus Seenot gerettet. Ein maltesisches Schiff kam etwa 200 Einwanderern in Schlauchbooten zu Hilfe. Ein unter der Flagge der Bahamas fahrendes Schiff rettete 118 Flüchtlinge. Zudem wurden 175 Insassen zweier anderer Boote in Sicherheit gebracht. *Agenturen/nd*

Berlusconi als Sozialarbeiter?

Rom. Italiens Ex-Premier Silvio Berlusconi will nach seiner Verurteilung in einer Steueraffäre die Strafe als Sozialarbeit ableisten. Das habe er bei der Justiz beantragt, teilten seine Anwälte mit. *AFP/nd*

Welpresse hinter »Guardian«

London. Die Welpresse stärkt dem britischen »Guardian« bei der Berichterstattung über Geheimdienste den Rücken. So drückten Chef- und leitende Redakteure von »New York Times«, »Le Monde«, »El País«, »Haaretz«, »Washington Post« und »Neue Zürcher Zeitung« ihre Solidarität aus. *dpa/nd*

Musharraf erneut unter Arrest

Islamabad. Die pakistanische Justiz hat den früheren Militärmachthaber Pervez Musharraf erneut unter Hausarrest gestellt. Hintergrund ist die Stürmung der Roten Moschee in Islamabad vor sechs Jahren. *AFP/nd*

Sozialkassen rutschen ins Minus

Bundesregierung will Beitragsbemessungsgrenzen für Rentenversicherung und Co. erhöhen

3,1 Milliarden Euro betrug das Minus der Sozialkassen im ersten Halbjahr 2013. Besserverdienende sollen mehr zahlen.

Von Simon Poelchau

Besserverdienende müssen 2014 vermutlich mehr Sozialbeiträge zahlen. Die Bundesregierung hat vor, die Bemessungsgrenze für die Abgaben zu erhöhen und reagiert damit auf die gestiegenen Löhne. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) warnte unterdessen die neue Regierung, in die Sozialkassen zu greifen. Diese wiesen bereits im ersten Halbjahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von 3,1 Milliarden Euro aus.

Demnach müssen sich Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn, der höher als 3937,50 Euro ist, auf mehr Sozialabgaben einstellen. So soll die Bemessungsgrenze für die Kranken- und Pflegeversicherung laut einem Verordnungsentwurf um 112,50 Euro auf 4050 Euro

angehoben werden. Bei einem Single mit einem Bruttoeinkommen von 4000 Euro ist das eine Mehrbelastung von 40 Euro im Jahr. Die Renten- und Arbeitslosenversicherung will die Bundesregierung künftig in Westdeutschland bis zu einem monatlichen Bruttoverdienst von 5950 Euro erheben. Im Osten soll die Grenze bei 5000 Euro liegen. Der Bundesrat muss der Vorlage jedoch noch zustimmen.

»Für Normal- und Geringverdiener ändert sich dadurch nichts«, erklärte diesbezüglich ein Sprecher des DGB gegenüber »nd«. Auch seien Änderungen bei den Beitragsbemessungsgrenzen nicht unüblich. Erst im letzten Jahr wurden sie nach einer festgelegten Formel erhöht. Die Grenze bei der allgemeinen Rentenversicherung etwa stieg von 2012 auf 2013 für Westdeutschland um 200 Euro auf 5800 Euro und für Ostdeutschland um 100 Euro auf 4900 Euro.

Die Abgabenerhöhungen sind auch nötig, um die Finanzlage der Sozialversicherungskassen zu stabilisieren. Wie das Statistische Bundesamt vermeldete, verbuchten die Kassen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ein Defizit

»Für Normal- und Geringverdiener ändert sich dadurch nichts.«

Ein DGB-Sprecher

von 3,1 Milliarden Euro, während sie im gleichen Zeitraum 2012 einen Überschuss von 4,8 Milliarden Euro aufwiesen.

Die Gründe liegen vor allem in der Streichung von Zuschüssen durch den Bund. Dieser senkte seinen Beitrag zum Gesundheitsfonds 2012 um 17,9 Prozent auf 11,5 Milliarden Euro. Auch die

Bundesagentur für Arbeit leidet unter dem Wegfall von Bundeszuschüssen in Milliardenhöhe.

»Bessere Bildung, eine moderne Infrastruktur oder auch Mütterrenten dürfen nicht aus den Sozialversicherungen finanziert werden«, warnte bereits im Vorfeld DGB-Vorstandmitglied Annelie Buntenbach die neue Regierung, die Kassen für die Finanzierung von Wahlversprechen anzuzapfen. Diese Befürchtungen bestehen einem DGB-Sprecher zufolge auch nach Bekanntgabe der Abgabenerhöhungspläne.

Der Wohlfahrtsverband Volkssolidarität wies unterdessen darauf hin, dass Besserverdiener nur bis zur Bemessungsgrenze zahlen müssen. Dies sei ungerecht, da die darüber liegenden Verdienste »nichts zur solidarischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen«, so der sozialpolitische Experte Alfred Spieler von der Volkssolidarität.

Kommentar Seite 2

